



Jahresbericht

des Beirats für Forschungsmigration
gem. § 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung

November 2010

Jahresbericht

Jahresbericht des Beirats für Forschungsmigration

gem. § 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung



November 2010

Inhaltsverzeichnis



	Vorwort	6
1	Einleitung	7
2	Verfahren zur Zulassung von Forschern aus Drittstaaten	8
3	Beirat für Forschungsmigration	9
	3.1 Zusammensetzung	9
	3.2 Aufgaben	10
4	Statistik zu § 20 AufenthG	11
5	Tätigkeitsbericht	12
	5.1 Schweigefristverfahren bei Visumerteilung	12
	5.2 Änderungen in der Aufnahmevereinbarung	12
	5.3 Krankenversicherungsnachweis im Visaverfahren	13
	5.4 Publizierung	14
	5.5 Forschungsvorhaben „Bedarf an ausländischen Forscherinnen und Forschern in Deutschland“	15
	5.6 Selbständigkeit und Arbeitsmarktzugang der Ehegatten von Forschern	16
	5.7 Blaue Karte EU	17
	5.8 Aufenthaltserlaubnis für Stipendiaten	18

6	Probleme universitärer Forschungseinrichtungen bei Anwendung des Verfahrens nach § 20 AufenthG	19
7	Fazit	21
	Tabellen	22
	I. Anerkannte Forschungseinrichtungen und Feststellungen des besonderen öffentl. Interesses oder der überwiegenden Finanzierung aus öffentl. Mitteln vom 01.12.2007 - 31.10.2010	22
	II. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG - differenziert nach Bundesland und Ersteinreise	23
	III. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG - differenziert nach Staatsangehörigkeit und Ersteinreise, Teil 1	24
	III. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG - differenziert nach Staatsangehörigkeit und Ersteinreise, Teil 2	25
	Abkürzungsverzeichnis	26
	Anlagen	27
	Anlage 1: Organisationsplan des Bundesamtes	27
	Anlage 2: Informationen zur Umsetzung der EU-Forscherrichtlinie sowie des § 20 Aufenthaltsgesetz	28
	Anlage 3: Flyer „Forschungsaufenthalte in Deutschland“	33
	Anlage 4: Muster einer Aufnahmevereinbarung	37

Vorwort



Gemäß § 75 Nr. 10 AufenthG wurde dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bundesamt) die Aufgabe der Anerkennung von Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen nach § 20 AufenthG übertragen. Hierbei wird es durch einen Beirat für Forschungsmigration unterstützt. Der Beirat berichtet dem Präsidenten des Bundesamtes mindestens einmal im Kalenderjahr über die Erfüllung seiner Aufgaben (§ 38d Abs. 3 AufenthV). Der erste Jahresbericht wurde für den Zeitraum von der konstituierenden Sitzung am 23.10.2007 bis zum 30.11.2008 erstellt, der zweite umfasste den Zeitraum vom 01.12.2008 bis zum 30.11.2009. Die Berichte wurden vom Beiratsvorsitzenden dem Präsidenten des Bundesamtes übermittelt und anschließend im Internet unter www.bamf.de/forschungsaufenthalte veröffentlicht.

Hiermit wird der Bericht für den Zeitraum vom 01.12.2009 bis zum 30.11.2010 vorgelegt.

1 Einleitung

Im März 2000 hat der Europäische Rat von Lissabon die Bedeutung des europäischen Forschungsraums anerkannt und der Gemeinschaft das Ziel gesetzt, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden.

Im Oktober 2008 fand in Deutschland der erste nationale Bildungsgipfel statt, bei welchem Bund und Länder vereinbarten, die Investitionen in Bildung und Forschung bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent des BIP zu steigern – sieben Prozent für Bildung und drei Prozent für Forschung. Auf einen konkreten Weg zur Zielerreichung konnten sich beide Seiten nicht einigen, auch nicht beim zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009. Der Bund sicherte den Ländern aufgrund ihrer schwierigen Haushaltssituation damals zu, mehr als zuvor geplant beizutragen, um die Lücke bis zum Zehn-Prozent-Ziel zu schließen. Die Bundesregierung strebt bis 2013 zusätzliche Investitionen in Bildung und Forschung in Höhe von 12 Milliarden Euro an, denn Bildung und Forschung werden als zentrale Säulen für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands angesehen. An die Länder ergeht der Appell, das Ziel, zehn Prozent für Bildung und Forschung auszugeben, weiter zu verfolgen.

Der Anteil für Bildung und Forschung am BIP betrug in Deutschland im Jahr 2008 rund 8,6 Prozent, wobei der Anteil der FuE-Ausgaben bei 2,64 Prozent lag, was einer Steigerung von 0,1 Prozent gegenüber dem Anteil des Jahres 2007 entspricht. Rund 70 Prozent der Ausgaben wurden in Unternehmen getätigt, die übrigen rund 30 Prozent in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

2 Verfahren zur Zulassung von Forschern aus Drittstaaten



In Verfolgung des Lissabonziels von 2000 soll durch die Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12.10.2005 über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung (Forscherrichtlinie) die Möglichkeit eröffnet werden, auch Wissenschaftler aus Nicht-EU-Staaten für einen mehr als dreimonatigen Aufenthalt zur Durchführung eines Forschungsprojekts in die EU zu holen.

Die Forscherrichtlinie zielt darauf ab, das Verfahren zur Zulassung von Drittstaatsforschern in der Europäischen Union nach einem besonderen, dreistufigen Verfahren zu regeln und den in diesem Verfahren zugelassenen Forschern bestimmte Rechte hinsichtlich des Aufenthalts, der Abhaltung von Unterricht an Hochschulen, der Gleichbehandlung bei der Diplomanerkennung, der Arbeitsbedingungen, sozialen Sicherheit, Besteuerung etc. und der Mobilität innerhalb der EU für dasselbe oder andere Vorhaben einzuräumen.

Die Forscherrichtlinie wurde durch das am 28.08.2007 in Kraft getretene Gesetz zur Umsetzung asyl- und aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union in deutsches Recht umgesetzt. Darin enthalten sind die Regelungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für „Forscher“ (§ 20 AufenthG) mit der entsprechenden Umsetzung der Mobilitätsregeln und der Regelung des Anerkennungsverfahrens für Forschungseinrichtungen (§§ 38a-f AufenthV).

Das dreistufige Verfahren zur Zulassung von Forschern aus Drittstaaten in der Bundesrepublik Deutschland ist wie folgt aufgebaut:

- 1) Das Bundesamt führt das Anerkennungsverfahren für öffentliche und private Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen durch (§ 75 Nr. 10 AufenthG).
- 2) Durch die Anerkennung des Bundesamts ist die Forschungseinrichtung befugt, Aufnahmevereinbarungen mit ausländischen Forschern abzuschließen (§ 38f AufenthV).
- 3) Auf der Grundlage der Aufnahmevereinbarung erteilt die zuständige Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung dem Forscher einen Aufenthaltstitel (§ 20 AufenthG).

Beim Bundesamt wurde ein Beirat für Forschungsmigration gebildet, der es bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben gemäß § 75 Nr. 10 AufenthG i.V.m. § 38d Abs. 1 AufenthV unterstützt.

3 Beirat für Forschungsmigration

3.1 Zusammensetzung

Der Beirat hat gem. § 38d Abs. 5 AufenthV neun Mitglieder. Sie sind ehrenamtlich tätig und werden für die Dauer von drei Jahren durch den Präsidenten des Bundesamtes berufen. Die erstmalige Berufung der vorgeschlagenen Personen als Beiratsmitglieder erfolgte im Zeitraum September bis Oktober 2007. Nach dreijähriger Amtszeit stehen Prof. Dr. Domdey (DIHK) und Dr. Höfer (BDI/BDA) dem Beirat nicht mehr zur Verfügung. Als Nachfolger für Prof. Dr. Domdey wurde Prof. Dr. Tränkle durch die DIHK vorgeschlagen, seitens BDI/BDA steht eine Nachbenennung noch aus. Für eine weitere Amtszeit berufen wurden in 2010 der Beiratsvorsitzende Prof. Dr. Gröske, der stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Hailbronner sowie Dr. Duda. Alle weiteren derzeitigen Beiratsmitglieder waren zwischenzeitlich nominiert worden.

Neben dem Beiratsvorsitzenden Herrn Prof. Dr. Karl-Dieter Gröske, Präsident der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, sind folgende weitere Mitglieder im Beirat tätig:

- Auf Vorschlag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung:
Frau Regierungsdirektorin Annette Steenzen, Leiterin des Referats „Hochschulrecht, Hochschulforschung“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- Auf Vorschlag des Bundesrates:
Herr Prof. Dr. Kay Hailbronner, Leiter des Forschungszentrums für Internationales und Europäisches Ausländer- und Asylrecht an der Universität Konstanz.
Prof. Hailbronner wurde zum stellvertretenden Beiratsvorsitzenden gewählt.
- Auf Vorschlag der Hochschulrektorenkonferenz:
Herr Dr. Gerhard Duda, Leiter des Referats „Europäische Forschungsangelegenheiten, Zusammenarbeit mit der European University Association (EUA)“ im Sekretariat der Hochschulrektorenkonferenz.
- Auf Vorschlag der Deutschen Forschungsgemeinschaft e.V.:
Frau Prof. Dr. Christine Windbichler, Lehrstuhlinhaberin für Handels- und Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht und Rechtsvergleichung an der Humboldt-Universität Berlin.

- Auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes:
Frau Heidrun Tempel, Vortragende Legationsrätin I im Auswärtigen Amt und Sonderbeauftragte für den Dialog zwischen den Kulturen.
- Auf Vorschlag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände:
Herr Dr. Heinrich Höfer, Bereichsleiter Wirtschaft, Technologie und Infrastruktur beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Die Benennung eines Nachfolgers für Herrn Dr. Höfer durch BDI/BDA steht noch aus.
- Auf Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes:
Frau Dr. Rita Weber, Leiterin des Ressorts Forschung / Wissenschaft / Hans-Böckler-Stiftung der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE).
- Auf Vorschlag des Deutschen Industrie- und Handelskammertags:
Herr Prof. Dr. Günther Tränkle, Direktor des Ferdinand-Braun-Instituts, Leibniz-Institut für Höchstfrequenztechnik.

Die Geschäftsstelle zur Unterstützung des Beirats bei seiner Aufgabenwahrnehmung wurde im Bundesamt im Referat 22FIII eingerichtet.

Im Organisationsplan des Bundesamts wird der Beirat für Forschungsmigration, neben zwei anderen externen Beratergremien, besonders hervorgehoben (s. Anlage).

3.2 Aufgaben

Gemäß § 38d Abs. 2 AufenthV hat der Beirat für Forschungsmigration insbesondere folgende Aufgaben:

- Empfehlungen für allgemeine Richtlinien zur Anerkennung von Forschungseinrichtungen abzugeben,
- das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge allgemein und bei der Prüfung einzelner Anträge zu Fragen der Forschung zu beraten,
- festzustellen, ob ein Bedarf an ausländischen Forschern durch die Anwendung des in § 20 AufenthG und in Abschnitt 3a AufenthV geregelten Verfahrens angemessen gedeckt wird,
- im Zusammenhang mit dem in § 20 AufenthG und in Abschnitt 3a AufenthV geregelten Verfahren etwaige Fehlentwicklungen aufzuzeigen und dabei auch Missbrauchsphänomene oder verwaltungstechnische und sonstige mit Migrationsfragen zusammenhängende Hindernisse bei der Anwerbung von ausländischen Forschern darzustellen.

4 Statistik zu § 20 AufenthG

Im Verfahren zur Anerkennung von Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen, welches am 01.12.2007 begann, wurden im ersten Jahr rd. 100 Forschungseinrichtungen anerkannt. Die Anzahl der anerkannten Einrichtungen stieg langsam, aber stetig weiter an und beläuft sich mittlerweile auf 151 (Stand 31.10.2010). Davon wurden elf Anträge von Forschungseinrichtungen gestellt, deren Tätigkeit überwiegend nicht aus öffentlichen Mitteln finanziert wird.

Daneben sind 115 Anträge von Forschungseinrichtungen auf Feststellung ihrer überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Tätigkeit positiv beschieden worden. Das besondere öffentliche Interesse an der Durchführung eines Forschungsvorhabens wurde nur von einer Forschungseinrichtung beantragt und durch das Bundesamt festgestellt. (Stand: 31.10.2010)

Zum Stichtag 30.09.2010 hielten sich 362 Forscher, und damit nahezu doppelt so viele wie ein Jahr zuvor (184), mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG im Bundesgebiet auf. Davon sind 246 vor dem 01.01.2010 und 116 danach eingereist.

Bei Betrachtung der fünf am häufigsten vertretenen Staatsangehörigkeiten führt China mit 56 Personen (im Vorjahr 29), gefolgt von Indien mit 49 (23), den Vereinigten Staaten von Amerika mit 31 (14), der Russischen Föderation mit 26 (16) und Japan mit 19 (16). Staatsangehörige aus folgenden Ländern waren zum Stichtag 30.09.2009 (noch) nicht vertreten: Algerien, Armenien, Aserbaidshan, Indonesien, Kasachstan, Kolumbien, Korea (Demokrat. Volksrepublik), Kroatien, Mazedonien, Neuseeland, Nigeria, Serbien, Syrien, Taiwan und Tansania.

Die Verteilung auf die Bundesländer ergibt folgendes Bild: An der Spitze der fünf stärksten Bundesländer liegt mit 79 Forschern Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Baden-Württemberg mit 61, Bayern mit 55, Niedersachsen mit 28 und Sachsen mit 21.

Weitere Informationen sind aus den Tabellen im Anhang ersichtlich.

5 Tätigkeitsbericht

Im Berichtszeitraum fanden die sechste Sitzung des Beirats am 04.05.2010 und die siebte Sitzung am 02.11.2010 im Bundesamt statt. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte der Sitzungen sind nachfolgend dargestellt.

5.1 Schweigefristverfahren bei Visumerteilung

Bei dem sogenannten Schweigefristverfahren bei der Visumerteilung gilt die Zustimmung der Ausländerbehörde zur Erteilung eines Visums als gegeben, wenn diese nicht binnen einer bestimmten Frist widerspricht.

Im Rahmen der Visumerteilung zu einem Aufenthalt nach § 20 AufenthG ist gem. § 31 Abs. 1 S. 3 AufenthV für die Zustimmung der Ausländerbehörde das Schweigefristverfahren mit einer Frist von drei Wochen und zwei Werktagen anzuwenden, soweit das Visum nicht nach § 34 AufenthV zustimmungsfrei ist. Diese Zustimmungsfreiheit gilt jedoch nur für einen bestimmten Personenkreis, dessen Aufenthalt aus öffentlichen Mitteln gefördert wird.

Der Beirat sprach sich für eine Änderung der bestehenden Vorgaben aus, da er diese als Hindernis im Zulassungsverfahren für Forscher betrachtet.

Das BMI hat den Vorschlag des Beirats auf eine Visumerteilung ohne Einbeziehung der Ausländerbehörde aufgegriffen; es sieht diese Verfahrenserleichterung und -beschleunigung als berechtigt an, da die Forschungseinrichtungen, welche mit Forschern Aufnahmevereinbarungen abschließen möchten, beim Bundesamt bereits ein Anerkennungsverfahren durchlaufen haben müssen. Mit dieser Anerkennung sollen den Forschungseinrichtungen nicht nur Pflichten auferlegt, sondern vor allem Rechte und Erleichterungen eingeräumt werden.

Bei einem Visumverfahren zu einem Aufenthalt nach § 20 AufenthG wird anstelle der Zustimmung der Ausländerbehörde zur Visumerteilung nach § 31 Abs. 1 AufenthV grundsätzlich nach § 34 AufenthV Zustimmungsfreiheit der Ausländerbehörde vorgesehen.

Im neuen Entwurf zur Änderung der AufenthV (im Rahmen des Entwurfs des zweiten Richtlinienumsetzungsgesetzes) hat dieser Vorschlag Berücksichtigung gefunden.

5.2 Änderungen in der Aufnahmevereinbarung

Von öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen der Länder wurde die Bitte geäußert zu prüfen, ob in einer Aufnahmevereinbarung nicht der Verweis auf den im Beschäftigungsverhältnis anzuwendenden Tarifvertrag und die Eingruppierung des Forschers als Mindestangaben ausreichen, da sich die sonstigen Inhalte aus dem Tarifvertrag

ergeben. Daraufhin wurde durch das Bundesamt eine dahingehende Vereinfachung der Aufnahmevereinbarung für Forschungseinrichtungen geprüft.

In § 38f AufenthV werden die genaue Bezeichnung des Forschungsvorhabens, die Verpflichtung des Ausländers, das Forschungsvorhaben durchzuführen, und die Verpflichtung der Forschungseinrichtung, den Ausländer zur Durchführung des Forschungsvorhabens aufzunehmen, gefordert. Daneben werden Angaben zum wesentlichen Inhalt des Rechtsverhältnisses, insbesondere zum Beschäftigungsumfang, zum Gehalt, zum Urlaub, zur Arbeitszeit und zur Versicherung verlangt. Die Prüfung des Bundesamtes hat ergeben, dass Angaben genügen, die den wesentlichen Inhalt des Rechtsverhältnisses wiedergeben, wie beispielsweise der Beschäftigungsumfang, der anzuwendende Tarifvertrag, die Entgeltgruppe und der Bruttoverdienst. Durch die Angabe des Bruttoverdienstes ist auf einfache Weise zu überprüfen, ob eine Pflichtkrankenversicherung erfolgt und der Lebensunterhalt schon gesichert ist oder noch eine Einzelfallprüfung erfolgen muss.

Als weitere Vereinfachung wird künftig die Beschreibung der von dem Forscher auszuführenden Tätigkeit im Formblatt entfallen. Die Bezeichnung des Forschungsvorhabens mit Thema, Fachgebiet, Schwerpunkten und Zielen gilt als ausreichend.

Der Beirat hat sich sehr dafür eingesetzt, das Muster der Aufnahmevereinbarung zu simplifizieren und damit benutzerfreundlicher zu gestalten. Ein modifiziertes Muster der Aufnahmevereinbarung ist als Anlage beigelegt.

5.3 Krankenversicherungsnachweis im Visaverfahren

Der Nachweis einer Krankenversicherung wird regelmäßig bereits im Visaverfahren verlangt. Nach Auskunft einzelner Forschungseinrichtungen ist es für Forscher jedoch problematisch, eine deutsche Krankenversicherung noch im Ausland für den geplanten Forschungsaufenthalt in Deutschland abzuschließen, um den erforderlichen Nachweis für das Visaverfahren zu erbringen. Es wird argumentiert, dass der Abschluss einer Krankenversicherung erst möglich sei, wenn das Arbeitsverhältnis in Deutschland begonnen habe.

Die Angaben zur Krankenversicherung gehören zu den in § 38f AufenthV vorgeschriebenen Mindestinhalten einer Aufnahmevereinbarung zwischen Forscher und Forschungseinrichtung. In den gesetzlichen Grundlagen § 20 AufenthG, § 38f Abs. 1 Nr. 4 AufenthV und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz ist jedoch nicht enthalten, wann der Nachweis zur Krankenversicherung vorliegen muss. Zur Vereinfachung des Verfahrens würde beitragen, wenn der Nachweis einer Krankenversicherung nicht schon im Visaverfahren, sondern erst bei Erteilung der Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde vorgelegt werden müsste. Nach Meinung des BMI wird dieser Vorschlag, angesichts der allgemeinen Nachweispflicht eines Krankenversicherungsschutzes im deutschen Ausländerrecht, kaum zu realisieren sein. Möglich ist der Abschluss einer privaten Krankenversicherung oder Reisekrankenversicherung für Forscher vor der Einreise nach Deutschland. Eine gesetzliche Krankenversicherung ist erst ab dem Zeitpunkt der Aufnahme der Beschäftigung in Deutschland möglich.

5.4 Publizierung

Der Beirat weist darauf hin, wie wichtig die intensive Publizierung des Anerkennungsverfahrens ist. Nachfolgend werden einige Initiativen hierzu vorgestellt.

Der Beirat empfiehlt, Vorträge im universitären Bereich durchzuführen, z.B. bei vom Deutschen Akademischen Austausch Dienst (DAAD) organisierten Tagungen der Leiter der Akademischen Auslandsämter und der Auslandsbeauftragten der deutschen Hochschulen, die unmittelbar für die Umsetzung der einschlägigen Regelungen zuständig sind. Dem Bundesamt wurde im November 2009 ermöglicht, bei einer solchen Tagung in Bonn das Zulassungsverfahren nach der Forscherrichtlinie vorzustellen.

Bei den im Dezember 2009 und im Mai 2010 stattgefundenen Workshops für Forscherberater beim Deutschen Mobilitätszentrum der Alexander-von-Humboldt-Stiftung/ Euraxess Germany in Bonn wurde durch Mitarbeiter des Bundesamts jeweils ein Vortrag zu § 20 AufenthG gehalten sowie eine Arbeitsgruppe zum Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmern geleitet. Dabei wurden auch Erkenntnisse aus der Praxis gewonnen, u.a. dass bei den Ausländerbehörden und Auslandsvertretungen weiterhin Informationsdefizite zum § 20 AufenthG bestehen.

Auch beim Max-Planck-Institut Magdeburg fand im Januar 2010 eine Informationsveranstaltung zum Zulassungsverfahren mit anschließender Diskussionsrunde statt.

Die in 12 Ländern tätige Corporate Research Foundation (CRF Institute Deutschland) initiiert und koordiniert internationale Forschungsprojekte für die Wirtschaft. Seit 2008 führt sie die Studie „Top Arbeitgeber Ingenieure“ durch. In 2009 konnten sich 34 und in 2010 26 Unternehmen als „Top Arbeitgeber für Ingenieure“ qualifizieren. Diese wurden per e-mail angeschrieben und mit einem Merkblatt über das Zulassungsverfahren informiert.

Mit einem aktualisierten Flyer „Forschungsaufenthalte in Deutschland“, dem Merkblatt „Neueste Entwicklungen“ sowie dem zweiten Jahresbericht des Beirats wurden die Innenministerien und Senate der Länder, die Ausländerbehörden und die Forschungseinrichtungen über die neuesten Entwicklungen zur Umsetzung der EU-Forscherrichtlinie und zur Durchführung des Anerkennungsverfahrens per e-mail in Kenntnis gesetzt.

Im August 2010 wurden 174 Hochschulen, davon 46 bereits durch das Bundesamt anerkannte, per e-mail angeschrieben, um diese aktuell über das Anerkennungsverfahren allgemein sowie die Anwendungsfälle des § 20 AufenthG zu informieren. Diese 55 Universitäten und 119 Fachhochschulen wurden ausgewählt, da aus ihrem Internetauftritt hervorging, dass sie einen besonderen Schwerpunkt auf Forschung legen. Aufgrund dieser Informationsaktion haben sich allein im September 2010 zusätzlich 11 Universitäten bzw. Fachhochschulen anerkennen lassen. Weitere Hochschulen ließen sich telefonisch beraten.

Im zweiten Halbjahr 2010 wurden 120 anerkannte Forschungseinrichtungen per e-mail angeschrieben mit der Bitte mitzuteilen, wie viele Forscher aus Drittstaaten sie be-

schäftigen bzw. mit wie vielen eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen wurde. Aus den 43 bisher eingegangenen Rückmeldungen geht hervor, dass derzeit ca. 1.480 wissenschaftliche Mitarbeiter aus Drittstaaten angestellt sind, von denen ca. 300 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG abgeschlossen haben.

Vielen Forschungseinrichtungen war es nach eigener Auskunft nicht möglich, genaue Angaben zum Aufenthaltsrecht ihrer Forscher zu machen, da von verschiedenen Personalabteilungen keine Daten hierzu erhoben werden.

Der Beirat befürwortet dazu die Erstellung einer internen Übersicht der Struktur von Forschern nach § 20 AufenthG, aus welcher deren Verteilung auf einzelne Forschungseinrichtungen hervorgeht.

Der Beiratsvorsitzende schlägt die Vorstellung des unter Pkt. 5.5 beschriebenen Forschungsprojekts des Bundesamts „Bedarf an ausländischen Forscherinnen und Forschern in Deutschland“ beim „Bildungspolitischen Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik“ vor. Daneben wird er das Forschungsprojekt Ende November 2010 auf einer Sitzung des BDI ansprechen, an welcher er als einer der Vizepräsidenten der Hochschulrektorenkonferenz teilnehmen wird. Bei diesem Treffen werden die Forschungsleiter fast aller großen DAX-Unternehmen anwesend sein. Dabei wird der Beiratsvorsitzende, insbesondere gegenüber dem BDI, auch für die im Zuge des Forschungsvorhabens geplante Online-Befragung werben.

5.5 Forschungsvorhaben „Bedarf an ausländischen Forscherinnen und Forschern in Deutschland“

Eine Aufgabe des Beirats gem. § 38d Abs. 2 AufenthV ist es festzustellen, ob ein Bedarf an ausländischen Forschern durch die Anwendung des in § 20 AufenthG und in Abschnitt 3a AufenthV geregelten Verfahrens angemessen gedeckt wird. Die Bedeutung dieser Aufgabe und die Schwierigkeit, die passenden Antworten zu finden, wurde durch den Präsidenten des Bundesamts hervorgehoben; es böte sich an, speziell zur Frage des Bedarfs an ausländischen Forschern ein Forschungsvorhaben durch das Bundesamt durchführen zu lassen. Der Beirat griff diesen Vorschlag auf und das Projekt „Bedarf an ausländischen Forscherinnen und Forschern in Deutschland“ wurde in die Forschungsagenda 2010/2011 des Bundesamts aufgenommen.

Ziel des Projekts ist, eine Bestandsaufnahme der beiden Seiten des Forschungsmarkts auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite in kurz- und mittelfristiger Hinsicht auch unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und des sektoralen Strukturwandels in der Bundesrepublik durchzuführen. Hinzu kommen die staatlichen Rahmenbedingungen in Form der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die durch die mittelfristige Finanzplanung vorgegeben werden und die den letztlich realisierten Bedarf an solchen Forschern ausmachen, die zum erheblichen Teil an öffentlichen Einrichtungen beschäftigt werden.

Zur Ermittlung des Bedarfs an ausländischen Forschern in Deutschland ist deshalb ein Methodenpluralismus erforderlich, der von gesamt- und finanzwirtschaftlichen Überlegungen und Ableitungen von Tendenzaussagen bis hin zu (Online-) Befragungen von Unternehmen und Forschungseinrichtungen reicht. Zudem werden auch die Ergebnisse des Working Papers Nr. 28 des Bundesamts „Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland – Ergebnisse einer schriftlichen Befragung“ von September 2009 betrachtet.

Im Zuge eines weiteren Forschungsprojekts des Referats 22FIII werden Untersuchungen zu aufhältigen Personen gem. § 18 AufenthG sowie § 21 AufenthG durchgeführt. Auch die spezifischen Merkmale der in diesen Personengruppen enthaltenen Forscher werden in die Bestandsaufnahme mit einfließen. Der Beiratsvorsitzende befürwortet eine Erhebung von Daten zur Struktur der Forscher über den § 20 AufenthG hinaus. Durch eine Verbesserung der Datenlage würden sich auch politische Maßnahmen leichter initiieren lassen.

Im Zuge des Forschungsprojekts zu § 20 AufenthG beabsichtigt das Bundesamt, zur Abschätzung des kurz- und mittelfristigen Bedarfs an Forschern im Unternehmens- und öffentlichen Bereich auch eine Online-Befragung bei im Beirat vertretenen Mitgliedern und ihren Mitgliedsverbänden (BDI/BDA, DFG, HRK, DGB, DIHK) vorzunehmen.

Der Beirat unterstützt dieses Vorhaben, betont jedoch auch die generelle Schwierigkeit, aussagefähige Erkenntnisse zum Angebot und zur voraussichtlichen Nachfrage an Forschern zu erhalten. Er ist aber der Meinung, dass selbst nur tendenzielle Erkenntnisse, auch über den § 20 AufenthG hinaus, für die Förderung der Forschungsmigration nützlich seien. Es lassen sich auch politische Entscheidungen leichter herbei führen, wenn eine bessere Datenbasis als bisher vorliegt. Der Versuch, durch das Forschungsprojekt zu einer solchen Datenbasis zu kommen, ist daher in jedem Falle zu befürworten.

5.6 Selbständigkeit und Arbeitsmarktzugang der Ehegatten von Forschern

Eine durch den Beiratsvorsitzenden eingebrachte Frage war, ob es nicht dem Sinn und Zweck der Regelung des § 20 AufenthG entspricht, Ehepartnern von Forschern generell auch den Zugang zur selbständigen Erwerbstätigkeit zu erlauben. Die Fragestellung erfolgte vor dem Hintergrund eines konkreten Falles. Die Ehefrau eines Forschers, der eine AE nach § 20 AufenthG besitzt, stellte einen Antrag auf selbständige Tätigkeit, den die zuständige Ausländerbehörde abwies, da sie die Ansicht vertrat, die Erlaubnis zur selbständigen Tätigkeit sei nur über den Weg des § 21 Abs. 6 AufenthG möglich, da in dem vorliegenden Fall dem stammberechtigten Forscher im Rahmen der AE nach § 20 AufenthG lediglich eine abhängige Beschäftigung, nicht aber die selbständige Erwerbstätigkeit erlaubt worden war.

§ 29 Abs. 5 AufenthG berechtigt den Ehegatten eines Forschers derzeit nur zur Ausübung einer Erwerbsberechtigung im gleichen Umfang, in dem der Ausländer, zu dem der Nachzug erfolgt, zur Ausübung von Erwerbstätigkeit berechtigt ist. Es liegt also nur die

Berechtigung des Ehegatten zu einer unselbständigen Erwerbstätigkeit vor. Eingeschränkt wird der Zugang der Ehegatten zur Erwerbstätigkeit durch § 8 BeschVerfV, der klarstellt, dass auf eine Arbeitsmarktüberprüfung bei den Ehegatten verzichtet wird (also eine Vorrangprüfung ist nicht erforderlich), jedoch eine Prüfung der Arbeitsbedingungen auf arbeitsmarkt- und integrationspolitische Belange erfolgen muss. Zudem darf der Familienangehörige nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Das BMI prüft den Vorschlag des Beirats, die Zugangsmöglichkeiten der Ehegatten von Forschern zum Arbeitsmarkt zu verbessern. Der Beirat begrüßt diese Entwicklung ausdrücklich.

5.7 Blaue Karte EU

Der Beirat ließ sich in seiner Sitzung im Mai 2010 über die EU-Richtlinie 2009/50/EG vom 25.05.2009 über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung (Hochqualifiziertenrichtlinie) informieren. Ziel der Richtlinie ist, ein gemeinsames System und einen gemeinsamen Aufenthaltstitel für Hochqualifizierte auf EU-Ebene einzuführen und attraktiv auszugestalten und somit die Migration von Hochqualifizierten zu erleichtern und zu fördern. Zu diesem Zweck wird ein neuer Aufenthaltstitel „Blaue Karte EU“ für Ausländer mit akademischem oder gleichwertigem Qualifikationsniveau und einem bestimmten Mindestgehalt in das Aufenthaltsgesetz als § 19a aufgenommen.

Die Umsetzung der Hochqualifiziertenrichtlinie in nationales Recht erfolgt durch das Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union und zur Anpassung nationaler Rechtsvorschriften an den EU-Visakodex (2. Richtlinienumsetzungsgesetz). Der Gesetzentwurf befindet sich derzeit in der Abstimmungsphase.

Das Bundesamt wird aufgrund der Hochqualifiziertenrichtlinie eine neue Aufgabe erhalten: Die Zusammenarbeit mit den Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten der EU als nationale Kontaktstelle und zuständige Behörde nach Artikel 22 Abs. 1 der Richtlinie (§ 75 Nr. 5 AufenthG-E). Diese Aufgabe beinhaltet die Übermittlung der gesetzlich bestimmten Informationen über eine in Deutschland erteilte Blaue Karte an die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaates der EU, wenn dem Drittstaatler in diesem Mitgliedstaat ebenfalls eine Blaue Karte ausgestellt wurde. Darüber hinaus übernimmt die Kontaktstelle die Datenübermittlung an die zuständigen Organe der EU zu Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz sowie von Daten über ausländische Arbeitnehmer im Zusammenhang mit der Erteilung von Blauen Karten EU. Die Aufgaben der nationalen Kontaktstelle sind in § 91f AufenthG-E – Auskünfte zur Durchführung der Richtlinie 2009/50/EG innerhalb der Europäischen Union – enthalten. Die Umsetzung des 2. Richtlinienumsetzungsgesetzes erfolgt unter anderem durch Änderungen des Aufenthaltsgesetzes, der Aufenthaltsverordnung, der Beschäftigungsverfahrensverordnung und der AZRG-Durchführungsverordnung.

5.8 Aufenthaltserlaubnis für Stipendiaten

In seiner siebten Sitzung am 02.11.2010 hat sich der Beirat mit Aufenthaltserlaubnissen von Stipendiaten beschäftigt.

Stipendien dienen der Förderung der Forschung und der Sicherung des Lebensunterhaltes. In einem Stipendiumsvertrag verpflichtet sich der Stipendiat, sich dem Zweck des Stipendiums zu widmen, jedoch nicht eine Arbeitsleistung zu erbringen. Er verpflichtet sich, die betriebliche Ordnung zu wahren, ist aber nicht in den Betrieb eingegliedert und keinen Weisungen im Sinne des Direktionsrechtes unterworfen. Der Stipendiat ist nicht pflichtversichert, denn es fehlt ihm die Beschäftigteneigenschaft, wie sie in § 7 SGB IV formuliert ist. Auch die Forscherrichtlinie spricht in Artikel 6 Abs. 2d) nicht von einem Arbeits-, sondern von einem Rechtsverhältnis, welches zusammen mit den Arbeitsbedingungen des Forschers in der Aufnahmevereinbarung dargelegt wird. Somit ist ein Arbeitsvertrag oder ein Stipendium für einen Forscher mit einer AE nach § 20 AufenthG möglich. Für forschende Stipendiaten sollte ein Aufenthaltstitel nach § 20 AufenthG (Forschung) anstatt nach § 18 AufenthG (Beschäftigung) vergeben werden, denn in diesen Fällen liegt keine Beschäftigung vor.

Zur Bestreitung des Lebensunterhalts werden Stipendien nach Richtlinien vergeben; ihre Höhe liegt an der Grenze des gesicherten Lebensunterhalts nach § 2 Abs. 3 AufenthG (ca. 1.050 bis 1.300 € monatlich). Aufgrund der Betragshöhe sehen verschiedene Ausländerbehörden den Lebensunterhalt für Forscher als nicht gesichert an und begründen dies mit dem Nichterreichen des Mindestbetrags für eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG, welcher derzeit bei 1.703,33 € pro Monat in den alten Bundesländern und bei 1.446,67 € in den neuen Bundesländern liegt. Die in Nr. 2.3.7 der AVwV-AufenthG vorgesehene flexible Stufenprüfung wird trotz Verbindlichkeit der Verwaltungsvorschrift nicht vorgenommen. Zu dieser Problematik sowie zu den Regelungen des § 20 AufenthG insgesamt wird das BMI die Ausländerbehörden über die Länder schriftlich sensibilisieren. Das Nettomindesteinkommen wird beispielsweise von Promovierenden oft nicht erreicht. Diesen Mangel hebt die Präsidentin der HRK in einer Pressemitteilung vom 03.09.2010 hervor, ebenso die uneinheitliche Anwendung des Forschervisums in der Praxis durch die Ausländerbehörden: „Einige (Ausländerbehörden) vergeben den entsprechenden Aufenthaltstitel reibungslos – andere scheinen das Forschervisum gar nicht zu kennen oder anwenden zu wollen.“

Der Beirat regt gegenüber dem BMI an, sich der besonderen Problematik von Stipendiaten im Zusammenhang mit § 20 AufenthG noch einmal anzunehmen und eine praxistaugliche Lösung zu entwickeln. Des Weiteren bittet er um eine eingehende Prüfung der Regelungen des § 38f AufenthV durch das BMI.

6 Probleme universitärer Forschungseinrichtungen bei Anwendung des Verfahrens nach § 20 AufenthG

Für universitäre Forschungseinrichtungen bestünde grundsätzlich die Möglichkeit, deutlich mehr Aufnahmevereinbarungen abzuschließen; hierzu müssten jedoch die Möglichkeiten des § 20 AufenthG durch Informationsmaterialien und Veranstaltungen an den Lehrstühlen weiter bekannt gemacht werden. Die Umsetzung der Forscherrichtlinie verläuft in der Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen zumeist unkompliziert. Da der herkömmliche Weg mittels Einladungsbrief an die Botschaft und Visum nach § 16 bzw. § 18 AufenthG aber nach wie vor praktikabel ist, wird vielfach an alten Strukturen festgehalten. Ziel sollte es jedoch sein, die Anzahl der Aufnahmevereinbarungen und damit die Anzahl derjenigen Forscher zu erhöhen, die auch ausländerrechtlich durch die Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG als solche qualifiziert werden.

Es ist erfreulich, dass die Erteilung der Einreise-Visa nach § 20 AufenthG im Vergleich zu anderen Rechtsgrundlagen insgesamt schneller erfolgt. In einzelnen Fällen werden aber bei der Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis sämtliche Inhalte der Aufnahmevereinbarung durch die zuständige Ausländerbehörde ausführlich geprüft, obwohl diese Verfahrensweise rechtlich nicht vorgesehen ist.

In der Praxis besteht die wesentliche Hürde für die Anwendbarkeit des § 20 AufenthG in der Höhe des erforderlichen Nettomindesteinkommens von 1.703,33 €. Dies entspricht dem Nettoeinkommen einer vollen TV-L E 13 Stelle. Da nach gängiger Praxis die Gastwissenschaftler / Doktoranden jedoch lediglich eine halbe oder maximal eine volle TV-L E 13 Stelle erhalten, liegen die gesetzlichen Vorgaben und die tatsächliche Einkommensstruktur weit auseinander.

Von der vorgesehenen Möglichkeit einer Einzelfallprüfung hinsichtlich der Sicherung des Lebensunterhalts wird oftmals nicht Gebrauch gemacht. Wünschenswert wäre hier eine in der Praxis flexible und individuelle Gestaltung der Voraussetzungen.

Wichtig erscheint insbesondere, dass die gesetzlichen Neuerungen auch klar und deutlich Eingang in die jeweiligen Durchführungsbestimmungen der zuständigen Behörden (Auslandsvertretungen, Ausländerbehörden, Kindergeldstellen der BA) finden. Immer wieder kommt es zu Verzögerungen bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis an den Ehegatten des Forschers (§ 30 AufenthG – Ehegattennachzug). Dies begründet sich überwiegend durch die erforderliche Anerkennung von relevanten Dokumenten (wie z.B. ins Deutsche übersetzte, beglaubigte Heiratsurkunden).

In diesem Zusammenhang ist es auch teilweise noch unklar, inwieweit die mitreisenden Ehegatten von Forschern einer selbständigen Tätigkeit nachgehen dürfen.

Praxiserfahrungen bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen nach § 20 AufenthG sind z.B. auch Verfahrensweisen bei der Visumerteilung an Forscher, die zu Verzögerungen sowohl für die Forscher selbst als auch für ihre Familienangehörigen führen. So wird teilweise das Schweigefristverfahren nach § 31 AufenthV auch bei dem Personenkreis angewandt, für den nach § 34 AufenthV Zustimmungsfreiheit besteht.

Wünschenswert wäre daher eine Zusammenstellung aller mit der Forscherrichtlinie verbundenen Aspekte und Verzahnungen.

Ziel sollte es sein, für die ausländischen Gäste ein attraktives Forschungsumfeld mit einer „Willkommenskultur“ zu schaffen und damit im weltweiten Wettbewerb um die klügsten Köpfe an vorderster Stelle mit dabei zu sein.

7 Fazit

Wie unter Punkt 4 ausgeführt, hat sich die Zahl der aufhältigen Personen mit einer AE nach § 20 AufenthG im Berichtszeitraum von 184 (Stand: 30.09.2009) auf 362 Personen (Stand: 30.09.2010) nahezu verdoppelt, was für eine Steigerung des Bekanntheitsgrads der Forscherrichtlinie spricht. Trotz dieses Anstiegs der Zahl der Forscher aus Drittstaaten ist der Eingang der Anträge auf Anerkennung als Forschungseinrichtung zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen nach wie vor nicht sehr hoch. Trotz vielfältiger Informationen der Forschungseinrichtungen und der Ausländerbehörden über das Zulassungsverfahren für Forscher aus Drittstaaten wird der § 20 AufenthG nicht entsprechend genutzt.

Nach wie vor sind Informationsdefizite über die Herkunftsstruktur der ausländischen Forscher in Deutschland vorhanden, welche sich aufgrund des Forschungsvorhabens „Bedarf an ausländischen Forscherinnen und Forschern in Deutschland“ verringern dürften. Keinen Nachweis gibt es, über welchen Aufenthaltstitel die Drittstaatsforscher, die nicht nach § 20 AufenthG einreisen, nach Deutschland kommen. Eine Möglichkeit bietet § 18 AufenthG, der seit 2009 nach folgenden Speichersachverhalten im AZR unterscheidet: Abs. 3 – keine qualifizierte Beschäftigung, Abs. 4 – qualifizierte Beschäftigung; diese wird wiederum unterteilt nach Rechtsverordnung (Satz 1) oder nach öffentlichem Interesse (Satz 2). Auch eine Einreise nach § 19 AufenthG ist für Drittstaatsforscher möglich. Eine Maßnahme zur Verbesserung der Erkenntnislage wäre eine nochmalige Erweiterung der Speichersachverhalte im AZR, insbesondere bei Erteilung einer AE nach § 18 AufenthG eine Zusperrung der jeweils einschlägigen Regelung der BeschV.

Eine Anpassung des sogenannten „Forschervisums“ an die Realität des Hochschulalltags ist auch eine Forderung der im Beirat vertretenen HRK. Deren Präsidentin ist der Meinung, dass der Bund hier die Rahmenbedingungen verbessern muss, damit die Hochschulen ihr Innovationspotenzial ausschöpfen können.

Zufrieden zeigt sich der Beirat mit der Umsetzung seines Vorschlags auf eine Visumerteilung ohne Einbeziehung der Ausländerbehörde. Künftig wird voraussichtlich bei einem Visumverfahren zu einem Aufenthalt nach § 20 AufenthG anstelle der Zustimmung der Ausländerbehörde zur Visumerteilung nach § 31 Abs. 1 AufenthV grundsätzlich nach § 34 AufenthV Zustimmungsfreiheit der Ausländerbehörde vorgesehen.

Im neuen Entwurf zur Änderung der AufenthV (im Rahmen des Entwurfs des zweiten Richtlinienumsetzungsgesetzes) hat dieser Vorschlag Berücksichtigung gefunden.

Der Beirat stuft nach wie vor Maßnahmen zur Publizierung der Forscherrichtlinie als sehr wichtig ein; dazu gehört auch die ständige Aktualisierung des Internetauftritts des Bundesamts. Hier wurde auf Anregung des Beirats das Muster einer Aufnahmevereinbarung vereinfacht und damit benutzerfreundlicher gestaltet.

Der Beirat wird auch künftig das Verfahren zur Zulassung für Forscher aus Drittstaaten, seinen Aufgaben entsprechend, beobachten und zu dessen Weiterentwicklung beitragen.

Tabellen

I. Anerkannte Forschungseinrichtungen und Feststellungen des besonderen öffentl. Interesses oder der überwiegenden Finanzierung aus öffentl. Mitteln vom 01.12.2007 - 31.10.2010

	öffentlich	privat	gesamt
Anerkennung von Forschungseinrichtungen zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen	140	11	151
Feststellung der überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Tätigkeit einer Forschungseinrichtung	115	-	115
Feststellung des besonderen öffentlichen Interesses an der Durchführung eines Forschungsvorhabens	-	1	1

Liste der anerkannten Forschungseinrichtungen

Eine öffentliche oder private Forschungseinrichtung, die im Inland Forschung betreibt, soll auf Antrag vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zum Abschluss von Aufnahmevereinbarungen mit Forschern aus Nicht-EU-Staaten anerkannt werden. Die Bezeichnungen und Anschriften der hierfür anerkannten Forschungseinrichtungen werden vom Bundesamt in der „Liste der anerkannten Forschungseinrichtungen“ veröffentlicht (vgl. § 38e AufenthV).

Liste der Feststellungen

Wird die Tätigkeit einer Forschungseinrichtung überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert, soll von der Anforderung einer Kostenübernahmeerklärung abgesehen werden. Auch wenn die Durchführung eines bestimmten Forschungsvorhabens im besonderen öffentlichen Interesse liegt, kann auf die Anforderung einer Kostenübernahmeerklärung verzichtet werden. Die Feststellung der überwiegenden Finanzierung aus öffentlichen Mitteln oder des besonderen öffentlichen Interesses kann beim Bundesamt beantragt werden. Die vom Bundesamt diesbezüglich getroffenen Feststellungen werden in der „Liste der Feststellungen“ veröffentlicht (vgl. § 38a Abs. 3 Satz 3 AufenthV).

Quelle: www.bamf.de/forschungsaufenthalte
Stand: 31.10.2010

II. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG - differenziert nach Bundesland und Ersteinreise

Bundesland	Ersteinreise vor 2010	Ersteinreise ab 2010	Insgesamt
Baden-Württemberg	44	17	61
Bayern	36	19	55
Berlin	15	5	20
Brandenburg	10	5	15
Bremen	8	5	13
Hamburg	12	8	20
Hessen	10	5	15
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0
Niedersachsen	21	7	28
Nordrhein-Westfalen	52	27	79
Rheinland-Pfalz	5	3	8
Saarland	1	1	2
Sachsen	14	7	21
Sachsen-Anhalt	7	1	8
Schleswig-Holstein	6	3	9
Thüringen	5	3	8
Summen	246	116	362

Quelle: Ausländerzentralregister
Stichtag: 30.09.2010

III. Aufenthaltliche Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG
- differenziert nach Staatsangehörigkeit und Ersteinreise
Teil 1

Staatsangehörigkeit	Ersteinreise vor 2010	Ersteinreise 2010	Insgesamt
Ägypten	3	1	4
Algerien	1	1	2
Argentinien	3	1	4
Armenien	1	-	1
Aserbaidzhan	1	2	3
Australien	2	5	7
Bangladesch	4	1	5
Bosnien und Herzegowina	1	1	2
Brasilien	2	3	5
Chile	3	-	3
China	42	14	56
Dominikanische Republik	1	-	1
Georgien	2	-	2
Indien	32	17	49
Indonesien	2	1	3
Iran, Islamische Republik	7	5	12
Israel	7	2	9
Japan	12	7	19
Jordanien	1	1	2
Jugoslawien (ehem.)	1	-	1
Kamerun	1	1	2
Kanada	12	3	15
Kasachstan	2	2	4
Kirgisistan	1	-	1
Kolumbien	-	1	1
Korea (Demokrat. Volksrepubl.)	-	1	1
Korea (Republik)	9	4	13
Kroatien	1	1	2
Kuba	1	-	1
Libanon	2	1	3
Malaysia	1	-	1
Mazedonien	1	-	1
Mexico	8	3	11
Nepal	2	1	3
Neuseeland	-	3	3
Nigeria	-	1	1
Pakistan	5	2	7

III. Aufhältige Personen mit Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG
- differenziert nach Staatsangehörigkeit und Ersteinreise
Teil 2

Staatsangehörigkeit	Ersteinreise vor 2010	Ersteinreise 2010	Insgesamt
Philippinen	1	1	2
Russische Föderation	22	4	26
Senegal	1	-	1
Serbien	-	1	1
Serbien (alt)	1	-	1
Simbabwe	1	2	3
Sri Lanka	1	-	1
Staatenlos	-	1	1
Südafrika	1	-	1
Syrien, Arabische Republik	-	1	1
Taiwan	1	1	2
Tansania	-	1	1
Thailand	3	1	4
Türkei	7	3	10
Ukraine	6	3	9
Vereinigte Staaten v. Amerika	23	8	31
Vietnam	2	3	5
Weißrußland	2	-	2
Summe	246	116	362

Quelle: Ausländerzentralregister
Stichtag: 30.09.2010

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ABH	Ausländerbehörde
AE	Aufenthaltserlaubnis
AMSG	Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz
ArGV	Arbeitsgenehmigungsverordnung
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AVwV-AufenthG	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz
AufenthV	Aufenthaltsverordnung
AZR	Ausländerzentralregister
BA	Bundesagentur für Arbeit
BeschV	Beschäftigungsverordnung
BeschVerfV	Beschäftigungsverfahrensverordnung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMI	Bundesministerium des Innern
BRKG	Bundesreisekostengesetz
DAAD	Deutscher Akademischer Austausch Dienst
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
HRK	Hochschulrektorenkonferenz
TV-L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder

**Bundesamt für
Migration und Flüchtlinge**

Zentrale: Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
Telefon: (0911) 943-0
Fax: (0911) 943-1000
e-mail: poststelle@bamf.bund.de



Anlage 2: Informationen zur Umsetzung der EU-Forscherrichtlinie sowie des § 20 Aufenthaltsgesetz (Stand: November 2010)

Die nachfolgenden Informationen sollen den Forschungseinrichtungen und den beteiligten Behörden als Unterstützung bei der Anwendung des Verfahrens nach der EU-Forscherrichtlinie sowie des § 20 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) dienen.

Grundlage der Informationen ist auch die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz“, die bereits am 31.10.2009 in Kraft getreten ist. Diese ist für die praktische Anwendung durch die Behörden in den Bundesländern von großer Bedeutung, weil damit die Verwaltungspraxis zur Anwendung des Aufenthaltsgesetzes im gesamten Bundesgebiet und bei den visumerteilenden Auslandsvertretungen vereinheitlicht wurde. Die Länder haben einen Spielraum für eigene Verwaltungsvorschriften, soweit die Verwaltungsvorschrift des Bundes einen Sachverhalt nicht oder nicht hinreichend genau regelt.

Für das Verfahren zur Zulassung von drittstaatsangehörigen Forschern nach der EU-Forscherrichtlinie sind die aufgeführten Punkte von besonderer Wichtigkeit.

■ Mindestbeträge für die Sicherung des Lebensunterhalts von Forschern

Für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 20 AufenthG gelten gemäß § 2 Absatz 3 Satz 6 und 7 AufenthG für jedes Kalenderjahr die vom Bundesministerium des Innern im Bundesanzeiger veröffentlichten monatlichen Nettomindestbeträge als ausreichend zur Deckung der Lebensunterhaltskosten (für das Jahr 2010 ist dies in den alten Bundesländern ein Nettomindestbetrag in Höhe von 1.703,33 Euro monatlich / 20.440,00 Euro jährlich, in den neuen Bundesländern 1.446,67 Euro monatlich / 17.360,00 Euro jährlich).

In verschiedenen Fallkonstellationen können diese Beträge eine Hürde für den Abschluss von Aufnahmevereinbarungen darstellen. In die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz wurden deshalb unter Nummer 2.3.7 entsprechende Ausführungen aufgenommen.

Stehen dem Forscher Mittel in Höhe des veröffentlichten Mindestbetrags zur Verfügung, ist in jedem Fall ohne weitere Prüfung davon auszugehen, dass der Lebensunterhalt gesichert ist. Wird der Mindestbetrag, zum Beispiel wegen Teilzeitbeschäftigung oder wegen anfänglicher tarifmäßig niedriger Einstufung nicht erreicht, ist im Wege einer individuellen Prüfung festzustellen, ob der zur Verfügung stehende Betrag dennoch für die Sicherung des Lebensunterhaltes ausreicht (siehe hierzu Nummer 2.3.4).

Nach Nummer 2.3.4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift ist im Rahmen der individuellen Prüfung darauf abzustellen, ob der Ausländer im konkreten Einzelfall

Anspruch auf Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende nach Sozialgesetzbuch II oder auf Leistungen der Sozialhilfe nach Sozialgesetzbuch XII hat. Verbleibt nach dieser fiktiven Berechnung ein Anspruch auf öffentliche Leistungen, ist der Lebensunterhalt nicht gesichert.

Der Lebensunterhalt ist somit auch dann gesichert, wenn der Ausländer nicht über den nach § 2 Absatz 3 Satz 6 und 7 AufenthG definierten Nettomindestbetrag verfügt, gleichzeitig aber keinen Anspruch auf öffentliche Leistungen hat.

■ **Änderung des Forschungsvorhabens**

Mit Inkrafttreten des Arbeitsmigrationssteuerungsgesetzes am 01.01.2009 wurde § 20 Absatz 6 Satz 1 und 2 AufenthG dahingehend ergänzt, dass Änderungen des Forschungsvorhabens nicht zum Wegfall der Berechtigung des Forschers führen, die Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben aufzunehmen. Dazu wurde in Nummer 20.6.2 der allgemeinen Verwaltungsvorschrift weiter präzisierend geregelt:

„[...]. Ein Wechsel des Forschungsvorhabens führt nicht zum Wegfall des Beschäftigungsrechts. Eine Veränderung von Projektinhalten oder die Änderung der Zielrichtung eines Forschungsprojektes soll nicht zum Verlust der Aufenthaltserlaubnis nach § 20 oder dazu führen, dass stets neue Aufnahmevereinbarungen mit demselben Forscher abgeschlossen werden müssen, sofern die dann zugrunde liegende Tätigkeit dem in der Forscherrichtlinie und in der Aufenthaltsverordnung definierten Begriff der Forschung entspricht. [...].“

Damit muss zwar ein Projekt gegeben sein, entscheidend aber ist, dass die Tätigkeit dem Begriff der Forschung entspricht.

Diese gesetzgeberische Entscheidung hat auch Einfluss auf die Beschreibung des Projektes in der Aufnahmevereinbarung. Hier wurde bis jetzt die genaue Projektbeschreibung gefordert. Tatsächlich genügt, das Projekt so zu beschreiben, dass aus der Beschreibung zweifelsfrei auf eine forschende Tätigkeit geschlossen werden kann. Dem § 38f Abs. 1 Nr. 1 Aufenthaltsverordnung geht die gesetzgeberische Entscheidung im § 20 Abs. 6 Sätze 1 und 2 Aufenthaltsgesetz vor. Die in § 38f Abs. 1 Nr. 1 Aufenthaltsverordnung geforderte genaue Bezeichnung des Forschungsvorhabens reduziert sich auf den dargestellten Inhalt.

■ **Einbeziehung von Doktoranden in den Anwendungsbereich des § 20 AufenthG**

§ 20 Absatz 7 Nummer 4 AufenthG bestimmt, dass Ausländer von der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für Forscher ausgeschlossen sind, deren Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums ist. In Nummer 20.7 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz wurden folgende Ausführungen aufgenommen:

„Keine Anwendung findet § 20 auf Ausländer [...], deren Forschungstätigkeit Bestandteil eines Promotionsstudiums als Vollzeitstudienprogramm ist [...]. Personen, die ihre Promotions- oder Habilitationsleistung im Rahmen einer Forschungstätigkeit erbringen, für die mit einer Forschungseinrichtung eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen wurde, fallen hingegen in den Anwendungsbereich der Forscherrichtlinie und können eine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 erhalten.“

Bei eingerichteten Vollzeitstudienprogrammen ist ausschließlich § 16 AufenthG (Studium; Sprachkurse) als Erteilungsgrundlage für eine Aufenthaltserlaubnis einschlägig. Ist kein Vollzeitstudiengang eingerichtet, kommt es auf die weitere Ausgestaltung des Rechtsverhältnisses zwischen Doktorand und der Forschungseinrichtung an.

Wird ein Stipendium gewährt oder wird der Unterhalt eigenfinanziert, kommt ein Aufenthaltstitel nach § 16 oder § 20 AufenthG in Frage. Letztlich bestimmen die Absichten des Doktoranden, welcher Aufenthaltstitel für ihn rechtlich günstiger ist. Wird ein Beschäftigungsverhältnis vorgesehen, kommt ein Aufenthaltstitel nach § 18 oder § 20 AufenthG in Betracht. Ein Aufenthaltstitel nach § 20 AufenthG dürfte in der Regel rechtlich günstiger sein.

■ Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen nach § 20 AufenthG an Postdoktoranden

Mit dem § 20 AufenthG zur Umsetzung der EU-Forscherrichtlinie ist eine spezielle Rechtsgrundlage geschaffen worden, die auch den Personenkreis der Postdoktoranden umfasst. Wie in allen anderen Fällen der Anwendung von § 20 AufenthG gilt dabei die Voraussetzung, dass die vom Bundesamt anerkannte Forschungseinrichtung eine Aufnahmevereinbarung mit Postdoktoranden wirksam abschließt.

Ist dies nicht der Fall, wird weiterhin eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 AufenthG in Verbindung mit § 5 Nummer 2 Beschäftigungsverordnung zu erteilen sein.

Postdoktoranden verfügen somit über die in § 38f Absatz 2 Nummer 2 der Aufenthaltsverordnung geforderte Eignung und Befähigung zur Durchführung von Forschungsvorhaben, indem sie über den hierfür notwendigen Hochschulabschluss verfügen, der Zugang zu Doktoratsprogrammen ermöglicht. Zur Definition des Begriffs „Postdoktorand“ und zu dessen Abgrenzung vom Begriff „Postgraduier-tenstudium“ / „Postgraduales Studium“ wird auf den folgenden Anhang verwiesen.

■ Änderung der Aufnahmevereinbarung

Zur leichteren Handhabung, aber auch zur besseren Selbsterklärung wurde die Aufnahmevereinbarung geändert. Sie bringt nun zum Ausdruck, dass sie ein Vertrag ist.

Dieser führt, sofern wirksam abgeschlossen, zu einem Aufenthaltstitel nach § 20 AufenthG. Vertragsgegenstand ist einerseits die Verpflichtung der Einrichtung den Forscher aufzunehmen und andererseits die Verpflichtung des Forschers, das beschriebene Forschungsvorhaben durchzuführen.

Erkennbar ist nun auch, dass sich ein zusätzliches Rechtsverhältnis zwischen Einrichtung und Forscher ergeben muss. Dies kann ein Arbeitsverhältnis, ein Stipendiumsverhältnis oder ein sonstiges Rechtsverhältnis sein. Sonstige Rechtsverhältnisse können sich durch Eigenfinanzierung aber auch durch die Finanzierung eines Dritten ergeben.

Kontakt- und Informationsmöglichkeiten:

Franz Suchy und Tamás Szeidl

Telefon: 0911 943-4710 oder -4717

Telefax: 0911 943-4007

E-Mail: forscherrichtlinie@bamf.bund.de

Internet: www.bamf.de/forschungsaufenthalte

Definition der Begriffe „Postdoktorand“ und „Postgraduertenstudium“

Postgraduertenstudium / Postgraduales Studium:

Ein Postgraduertenstudium bezeichnet ein Studium nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluss, das heißt - heute - ein Studium nach dem Bachelor-Abschluss. Dabei kann es sich um ein Master-Studium, ein Aufbau-, Ergänzungs-, oder Zusatzstudium handeln. Ein Postgraduertenstudium schließt demnach entweder mit einem Mastergrad oder einem Zertifikat für Aufbau-, Zusatz- oder Ergänzungsstudien ab.

Während in Großbritannien der Begriff „Postgraduate Studies“ für diese Phase üblich ist, verwendet man in den USA in der Regel für Master- und Promotionsstudiengänge den Begriff „Graduate Studies“. Diese werden durchgeführt in Graduate Schools. Auch in Deutschland gibt es sogenannte Graduiertenschulen oder Graduate Schools, in denen aber nur Promovenden nach dem zweiten Abschluss (Master) zur Promotion geführt werden.

Postdoktoranden / Postdoctoral Researchers:

Demgegenüber handelt es sich bei Postdoktoranden um Wissenschaftler und -innen, die das Studium mit dem Doktorgrad abgeschlossen haben. Postdoktoranden arbeiten als Wissenschaftler und -innen in Forschungsprojekten. Selbstverständlich qualifizieren sich auch Postdoktoranden durch ihre Forschungsarbeit weiter und entwickeln eigene Themen- und Forschungsschwerpunkte.

In einer traditionellen Universitätskarriere ist eine Postdoktorandenstelle oft ein Schritt auf dem Weg zur Habilitation. Daher spricht man auch hier in bestimmten Zusammenhängen von Weiterqualifizierung.

Diese Phase hat jedoch nichts mit einem Studium gemein. Es wird kein Abschluss oder Grad verliehen. Die Finanzierung von Postdoktoranden erfolgt häufig über Forschungsdrittmittel. Dabei kann die Finanzierung über ein Beschäftigungsverhältnis als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder über ein Stipendium erfolgen.

Informationen zu verschiedenen Förderprogrammen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Nachwuchswissenschaftler und -innen sind über das Internetangebot www.dfg.de verfügbar.

Anlage 3: Flyer „Forschungsaufenthalte in Deutschland“




Forschungsaufenthalte
in Deutschland

Informationen zu Einreise und Aufenthalt von Forschern aus Nicht-EU-Staaten



[www.bamf.de/
forschungsaufenthalte](http://www.bamf.de/forschungsaufenthalte)



Mit der sogenannten Forscherrichtlinie und den daraus resultierenden nationalen Regelungen wurden die besonderen rechtlichen Bedingungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit von Drittstaatsangehörigen zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung geschaffen.

Ziel der rechtlichen Regelung

Der Europäische Rat von Lissabon setzte im März 2000 das Ziel, die Europäische Gemeinschaft sollte innerhalb der nächsten zehn Jahre zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden.

Die "Richtlinie 2005/71/EG des Rates vom 12. Oktober 2005" über ein besonderes Zulassungsverfahren für Drittstaatsangehörige zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung soll dazu beitragen, dieses Ziel zu verwirklichen.

Die Richtlinie zielt insbesondere darauf ab, zugelassenen Forschern bestimmte Rechte, unter anderem in Bezug auf den Aufenthalt, die Lehre an Hochschulen, die Gleichbehandlung bei der Diplomanerkennung, die Arbeitsbedingungen sowie die soziale Sicherheit, die Besteuerung und die Mobilität innerhalb der EU für dasselbe oder andere Vorhaben einzuräumen.

Mit Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union wurde am 28. August 2007 auch die Forscherrichtlinie in nationales Recht umgesetzt.

Vorteile des Verfahrens

Für einen mehr als dreimonatigen Aufenthalt in Deutschland konnten Forscher aus Nicht-EU-Staaten bisher eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Erwerbstätigkeit nach § 18 des Aufenthaltsgesetzes beantragen.

Die Ausländerbehörde prüfte in diesem Zusammenhang in jedem Einzelfall, ob für die Beschäftigung des Forschers ein entsprechender Bedarf vorhanden war und ob dieser die geforderte fachliche Qualifikation erfüllte.

In dem besonderen Zulassungsverfahren nach § 20 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes wird nun die Expertise der Forschungseinrichtungen genutzt, da diese im Vergleich zu den Ausländerbehörden eher geeignet sind, den Bedarf und die fachliche Qualifikation eines Forschers festzustellen.

Hat ein Forscher mit einer entsprechend anerkannten Forschungseinrichtung eine Aufnahmevereinbarung abgeschlossen, kann er unter Vorlage dieser Vereinbarung bei der zuständigen deutschen Auslandsvertretung ein Visum für Forscher oder bei der zuständigen Ausländerbehörde eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung beantragen. Die Ausländerbehörde prüft in der Regel lediglich, ob die allgemeinen Voraussetzungen für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis erfüllt sind.

Eine Arbeitsmarktprüfung durch die Bundesagentur für Arbeit findet nicht statt.

Verfahren

Anerkennung der Forschungseinrichtung

Eine öffentliche oder private Einrichtung, die im Inland Forschung betreibt, kann auf Antrag für den Abschluss von Aufnahmevereinbarungen mit Forschern aus Nicht-EU-Staaten zugelassen werden.

Für die Anerkennung der Forschungseinrichtung ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig, bei dem der Antrag schriftlich zu stellen ist.

3

Das Antragsformular sowie die aktuelle Liste der anerkannten Forschungseinrichtungen sind über das Internetangebot des Bundesamtes (www.bamf.de/forschungsaufenthalte) verfügbar.

Abschluss der Aufnahmevereinbarung

Eine anerkannte Forschungseinrichtung kann eine Aufnahmevereinbarung mit einem Forscher aus Nicht-EU-Staaten wirksam abschließen, wenn

- 1 feststeht, dass das Forschungsvorhaben durchgeführt wird,
- 2 der Forscher dafür geeignet und befähigt ist, über den hierfür notwendigen Hochschulabschluss verfügt, der Zugang zu Graduiertenprogrammen ermöglicht, und
- 3 der Lebensunterhalt des Forschers gesichert ist.

Die Aufnahmevereinbarung muss folgende Angaben enthalten:

- 1 die genaue Bezeichnung des Forschungsvorhabens,
- 2 die Verpflichtung des Forschers, das Forschungsvorhaben durchzuführen,
- 3 die Verpflichtung der Forschungseinrichtung, den Forscher zur Durchführung des Forschungsvorhabens aufzunehmen,
- 4 die Angaben zum wesentlichen Inhalt des Rechtsverhältnisses, insbesondere zum Umfang der Tätigkeit des Forschers, zu Gehalt, Urlaub, Arbeitszeit und Versicherung, sowie
- 5 eine Bestimmung, wonach die Aufnahmevereinbarung unwirksam wird, wenn dem Forscher nicht die erforderliche Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.

Ein entsprechendes Muster einer Aufnahmevereinbarung ist über das Internetangebot des Bundesamtes verfügbar.

4

Einreise aus dem außereuropäischen Ausland

Für die Einreise nach und den Aufenthalt in Deutschland benötigen Forscher aus Nicht-EU-Staaten einen Aufenthaltstitel – insbesondere dann, wenn die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit während des Aufenthalts geplant ist. Dieser wird unter anderem als Visum oder Aufenthaltserlaubnis erteilt.

Zuständig für die Erteilung des Visums ist die Auslandsvertretung (Botschaft / Generalkonsulat) der Bundesrepublik Deutschland, in deren Amtsbezirk der Forscher seinen gewöhnlichen Aufenthalt / Wohnsitz hat.

Das Antragsformular ist kostenlos bei der jeweiligen Auslandsvertretung oder über den Internetauftritt des Auswärtigen Amtes (www.auswaertiges-amt.de) erhältlich.

Staatsangehörige Australiens, Israels, Japans, Kanadas, Südkoreas und der Vereinigten Staaten von Amerika können die erforderliche Aufenthaltserlaubnis auch nach ihrer Einreise bei der zuständigen Ausländerbehörde einholen.

Erteilung eines Aufenthaltstitels

Die Erteilung eines Aufenthaltstitels setzt in der Regel voraus, dass

- > der Lebensunterhalt gesichert ist,
- > Identität und Staatsangehörigkeit geklärt sind,
- > kein Ausweisungsgrund oder Einreiseverbot vorliegt,
- > der Aufenthalt nicht Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet,
- > die Passpflicht erfüllt ist und der Ausländer mit dem erforderlichen Visum eingereist ist.

Die Aufenthaltserlaubnis für Forscher wird für mindestens ein Jahr erteilt, es sei denn, das Forschungsvorhaben ist von kürzerer Dauer. Zuständig für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis ist die Ausländerbehörde des Ortes, an dem der Ausländer in Deutschland seinen Wohnsitz hat.

Hierbei sind für die Aufenthaltserlaubnis bis zu einem Jahr 50 Euro und von mehr als einem Jahr 60 Euro Gebühren zu entrichten.

Erforderliche Unterlagen

Vorzulegen ist

- > die mit der anerkannten Forschungseinrichtung abgeschlossene Aufnahmevereinbarung (im Visa-verfahren genügt auch ein Einladungsschreiben der Forschungseinrichtung) und
- > eine Erklärung, in der sich die Forschungseinrichtung schriftlich zur Übernahme der Kosten verpflichtet hat, die öffentlichen Stellen bis zu sechs Monaten nach der Beendigung der Aufnahmevereinbarung entstehen (in den Fällen des unerlaubten Aufenthalts oder einer erforderlichen Abschiebung).

Die Kostenübernahmeerklärung ist nur dann erforderlich, wenn die Forschungseinrichtung nicht überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert wird oder diese gegenüber dem Bundesamt bisher keine allgemeine Kostenübernahmeerklärung für ihre ausländischen Forscher abgegeben hat. Welche weiteren Unterlagen vorgelegt werden müssen, erfragen Sie bitte bei der zuständigen Auslandsvertretung beziehungsweise Ausländerbehörde.

Erwerbstätigkeit

Eine Aufenthaltserlaubnis für Forscher berechtigt zur Ausübung der Erwerbstätigkeit für das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnete Forschungsvorhaben und zur Ausübung von Tätigkeiten in der Lehre.

Der Ehegatte des Forschers ist zur Ausübung einer Beschäftigung berechtigt, wenn die Bundesagentur für Arbeit überprüft hat, dass er nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt wird und ihre erforderliche Zustimmung für die Beschäftigung erteilt hat. Eine Prüfung, ob andere Arbeitnehmer einen bevorzugten Zugang zum Arbeitsmarkt haben, findet nicht statt.

Mobilität in der Europäischen Union

Einem Forscher, der einen Aufenthaltstitel eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union nach der Forscherrichtlinie besitzt, ist eine Aufenthaltserlaubnis oder ein Visum zu erteilen, um Teile des Forschungsvorhabens im Bundesgebiet durchführen zu können. Für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten gilt dies jedoch nur, wenn er die allgemeinen Voraussetzungen zur Erteilung eines Aufenthaltstitels erfüllt.

Forscher aus Nicht-EU-Staaten, die sich zu Forschungszwecken innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bewegen, sind von den Visumgebühren befreit.

a) Forschung im Bundesgebiet für höchstens drei Monate

Der Aufenthaltstitel eines Mitgliedstaates, der zugleich Schengen-Staat ist, berechtigt den Forscher (auch ohne deutschen Aufenthaltstitel), für insgesamt drei Monate innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten eine Erwerbstätigkeit auszuüben. Diese Möglichkeit besteht im Rahmen des in der Aufnahmevereinbarung bezeichneten Forschungsvorhabens und für Tätigkeiten in der Lehre.

7

b) Forschung im Bundesgebiet für mehr als drei Monate

Der Aufenthaltstitel eines Mitgliedstaates, der Schengen-Staat ist, berechtigt den Forscher, ohne Visum in das Bundesgebiet einzureisen. Innerhalb von drei Monaten nach der Einreise ist die Aufenthaltserlaubnis für Forscher bei der für den Wohnort des Forschers zuständigen Ausländerbehörde einzuholen. Bis dahin gelten der Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit als erlaubt, sofern das Aufenthaltsrecht zum Zweck der Erwerbstätigkeit nicht schon ganz oder teilweise verbraucht ist, weil es bereits innerhalb der letzten zwölf Monate in Anspruch genommen worden ist. In diesen Fällen ist vor der Einreise ein nationales Visum zu beantragen, das die Tätigkeit als Forscher ausdrücklich erlaubt.

Kontakt

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Frankenstraße 210, 90461 Nürnberg

- Forschungsfeld III -
Wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge,
Geschäftsstelle Beirat für Forschungsmigration

Franz Suchy und Tamás Szeidl
Telefon: 0911/943-4710 oder -4717
Telefax: 0911/943-4007
E-Mail: forscherrichtlinie@bamf.bund.de
Internet: www.bamf.de/forschungsaufenthalte

Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90343 Nürnberg
Verantwortlich: Dr. Hans Dietrich von Loeffelholz
90343 Nürnberg
Tel.: 0911/943-4700
Layout: Gertraude Wichtrey
Stand: April 2010
Internet: www.bamf.de

Anlage 4: Muster einer Aufnahmevereinbarung

Aufnahmevereinbarung (*Hosting agreement*)

(Vertrag zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis nach § 20 Aufenthaltsgesetz – Contract for issuance of a residence permit according to § 20 Aufenthaltsgesetz)

<p>→ Bitte beachten Sie: Die Aufnahmevereinbarung ist immer in deutscher Sprache auszufüllen. Sie kann zusätzlich auch in englischer Sprache ausgefüllt werden.</p> <p>→ Please note: The hosting agreement must be completed in German. It may be filled out in English additionally.</p>		
Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannte Forschungseinrichtung / <i>Research organisation approved by the Federal Office for Migration and Refugees</i>		
Vollständige Bezeichnung der Forschungseinrichtung: / <i>Please list the complete legal name of the research organisation:</i>		
Sitz der Forschungseinrichtung: / <i>Location of research organisation's main office:</i>		
Straße/Hausnr.: / <i>Street name/no.:</i>		
Postleitzahl/Ort: / <i>Postal code/City:</i>		
Telefon: / <i>Telephone:</i>	Fax:	E-Mail:
Vollständige Bezeichnung der Forschungsstätte, in welcher der Forscher zur Durchführung des Forschungsvorhabens tätig werden soll (nur falls zutreffend): / <i>Please list the complete legal name of the research organisation's branch (only if applicable):</i>		
Straße/Hausnr.: / <i>Street name/no.:</i>		
Postleitzahl/Ort: / <i>Postal code/City:</i>		
Telefon: / <i>Telephone:</i>	Fax:	E-Mail:
– im folgenden Forschungseinrichtung genannt - / <i>hereafter referred as to the "research organisation"</i> – schließt folgende Aufnahmevereinbarung mit / <i>concludes the following hosting agreement with</i>		
Herrn / <i>Mr.</i> Frau / <i>Mrs.</i>		
Akademischer Grad, Titel: / <i>Academic degree, title:</i> Nachname, Vorname: / <i>Last name, first name:</i>		
Wohnanschrift (Straße, Hausnr., Postleitzahl, Ort, Land): / <i>Address (Street name/no., Postal code, City, Country):</i>		
Geburtsort / <i>Place of birth</i>	Geburtsdatum / <i>Date of birth</i>	Staatsangehörigkeit: / <i>Nationality:</i>
Reisedokument: / <i>Travel document:</i>		

Bezeichnung des Reisedokuments: / <i>Specify type of travel document (Passport, ID card etc.):</i>		Nummer des Reisedokuments: / <i>Travel document serial number:</i>	
Ausgestellt am: / <i>Date of issue:</i>	Ausgestellt in: / <i>Place of issue:</i>	Gültig bis: / <i>Valid until:</i>	
– im folgenden Forscher/in genannt - / - <i>hereafter referred to as the „researcher“</i> –			
Als Grundlage zur Erteilung des Aufenthaltstitels zum Zweck der Forschung*/ <i>as basis for issuance of a residence title for the purpose of academic research</i> *Zuständig für die Erteilung des Visums ist die jeweilige deutsche Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland, in deren Amtsbezirk der Forscher seinen gewöhnlichen Aufenthalt bzw. Wohnsitz hat. Zuständig für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis im Inland ist die Ausländerbehörde des Ortes, an dem der Ausländer in Deutschland seinen Wohnsitz hat. / * <i>Outside Germany, the authority responsible for issuing visas is the diplomatic mission abroad of the Federal Republic of Germany in whose official district the researcher habitually resides. Within Germany, the authority responsible for issuing residence permits is the local Foreigners Registration Authority („Ausländerbehörde“) of the proposed area of residence.</i>			
Die Forschungseinrichtung verpflichtet sich, den/die Forscher/in zur Durchführung des folgenden Forschungsvorhabens aufzunehmen: / <i>The research organisation is hereby obliged to admit the researcher for the purposes of implementing the following research project:</i>			
(Bezeichnung des Forschungsvorhabens (Thema, Fachgebiet, Schwerpunkte, Ziele): / <i>Please provide the designation of the proposed research project (subject, subject group, focuses, objectives):</i>			
Die/der Forscher/in verpflichtet sich, das beschriebene Forschungsvorhaben durchzuführen. / <i>The researcher is obliged to implement the described research projekt.</i> Wird ihr / ihm eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 20 des Aufenthaltsgesetzes erteilt, schließt sich zusätzlich nachfolgendes Rechtsverhältnis an / <i>a residence permit pursuant to § 20 of the Aufenthaltsgesetz will be issued according to the subsequent legal relationship:</i> <input type="checkbox"/> Arbeitsverhältnis / <i>employment contract</i> <input type="checkbox"/> Stipendiatenverhältnis / <i>Scholarship holder</i> <input type="checkbox"/> sonstiges Rechtsverhältnis / <i>other legal relationship</i> Für das Arbeitsverhältnis gilt der Tarifvertrag / <i>a wage agreement is valid for the employment contract</i> Monatliches Bruttoentgelt / <i>monthly gross pay</i> Arbeitsstunden pro Woche / <i>working hours per week</i> Für das Arbeitsverhältnis gilt kein Tarifvertrag. / <i>No wage agreement is valid for the employment contract.</i> Dafür notwendige Angaben/ <i>Necessary information:</i> Monatliches Bruttoentgelt / <i>monthly gross pay</i> Arbeitsstunden pro Woche / <i>working hours per week</i> <input type="checkbox"/> Urlaubsanspruch über Mindesturlaub Bundesurlaubsgesetz / <i>vacation entitlement above the minimum entitlement in Bundesurlaubsgesetz.</i>			

<p>Notwendige Angaben Stipendienvertrag /sonstiges Rechtsverhältnis / <i>necessary information scholarship holder / other legal relationship.</i></p> <p>Private Krankenversicherung ist / wird abgeschlossen. <i>Private health insurance has been or will be acquired.</i></p> <p>Nur bei Stipendium: Monatliches Stipendiumsentsgelt / <i>only for scholarship holders: monthly award</i></p> <p>Nur bei sonstigem Rechtsverhältnis/ <i>only for other legal relationship:</i></p> <p>Monatlich zur Verfügung stehende Eigenfinanzierung / <i>monthly income available through self-financing</i></p> <p><input type="checkbox"/> Für die Sicherung des Lebensunterhaltes stehen noch weitere Mittel zu Verfügung (bitte Nachweise beifügen) / <i>The researcher has additional monthly income at his/her disposal to secure his/her means of subsistence (Please provide evidence of any such additional income):</i></p> <p>(Hinweis: Die Krankenversicherung ist bei der Ausländerbehörde nachzuweisen. Bei der Beantragung des Visums ist eine Reisekrankenversicherung nachzuweisen / <i>Notice: Proof of travel health insurance is required by the Aliens Authority when applying for a visa.</i>)</p>	
<p>Diese Aufnahmevereinbarung gilt für die Dauer des Forschungsvorhabens / <i>This hosting agreement shall remain in force for the duration of the research project</i></p> <p>vom / <i>from</i> _____ bis / <i>to</i> _____.</p>	
<p>Diese Aufnahmevereinbarung wird unwirksam, wenn dem/der Forscher/in durch die zuständige deutsche Behörde keine Aufenthaltserlaubnis nach § 20 des Aufenthaltsgesetzes erteilt und er/sie damit nicht zu einem Forschungsaufenthalt zugelassen wird. /</p> <p><i>This hosting agreement is not valid if the researcher is not granted a researcher's residence permit in accordance to section 20 of the German Residence Act.</i></p>	
<p style="text-align: center;">Hinweis: / Notice:</p> <p>Eine anerkannte Forschungseinrichtung kann eine Aufnahmevereinbarung nur wirksam abschließen, wenn / <i>an approved research organisation can only conclude a valid hosting agreement if</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. feststeht, dass das Forschungsvorhaben durchgeführt wird, insbesondere, dass über seine Durchführung von den zuständigen Stellen innerhalb der Forschungseinrichtung nach Prüfung seines Zwecks, seiner Dauer und seiner Finanzierung abschließend entschieden worden ist, / <i>it has been determined that the research project is to be implemented, after its purpose, duration and financing have been subject to final approval</i> 2. der Ausländer, der die Forschung in dem Vorhaben, das in der Aufnahmevereinbarung bezeichnet ist, durchführen soll, dafür geeignet und befähigt ist, über den in der Regel hierfür notwendigen Hochschulabschluss verfügt, der Zugang zu Doktoratsprogrammen ermöglicht, und / <i>the researcher is suitable for and capable of implementing the research project as detailed in the relevant hosting agreement, and has the required academic qualification granting access to graduate programmes and</i> 3. der Lebensunterhalt des Ausländers gesichert ist. / <i>the researcher's means of subsistence are guaranteed.</i> 	
Ort, Datum / <i>Place, Date:</i>	<p>Unterschrift Vertreter der Forschungseinrichtung /</p> <p><i>Signature of authorised signatory on behalf the hosting research organisation:</i></p>
	<p>Unterschrift des Forschers/der Forscherin / <i>Signature of researcher:</i></p>

